

UND SOLL TROTZDEM WIEDERBELEBT WERDEN

Banken den Staat

Von Magna bis Telekom

Doch diese Auswüchse sind kein rein amerikanisches Phänomen. In Österreich kassierte Erste-Bank-Chef Andreas Treichl im vorletzten Jahr rund fünf Millionen Euro.

Siegfried F. Wolf, Chef von Magna Europa, verdiente im Vorjahr geschätzte 9 Millionen Euro. Boris Nemsic, Chef der Telekom Austria, genehmigte sich 2007 eine mehr als 100%ige Gehaltserhöhung.

Angesichts der genannten Zahlen und der jüngsten

Kündigungswellen erscheint die Äußerung Herbert Stepics, Chef von Raiffeisen International: „...die Gehälter macht der Markt, und sie werden durch Leistung untermauert.“ geradezu grotesk (Trend, Feb. 2008).

„Leistungsgerecht“ ?

„Attac“-Sprecher Christian Felber hat ausgerechnet, dass ein Spitzenmanager in den USA den 150.000fachen Stundenlohn eines Mindestlohneempfängers verdient, in Österreich immerhin noch das

700fache. Ist es überhaupt vorstellbar, dass jemand in einer Arbeitsstunde 700mal so viel leistet wie ein anderer?

Versklavt im Namen des „freien Marktes“

Geschuldet sind diese obszönen Auswüchse dem jahrzehntelang gerühmten „freien Markt“, der einigen wenigen alle Freiheiten gegeben hat, damit sie auf Kosten von Millionen anderen ein Vermögen anhäufen konnten.

Weltweit wurden immer mehr Menschen gezwungen, für immer weniger Geld zu arbeiten. In Österreich wurden Betriebe „gesundgeschrumpft“, Filialen geschlossen – zur Freude der Anleger, deren Aktien durch die anschließenden „Gewinne“ wieder an Wert zulegten.

Konzerne statt Politik

Unter dem Motto „mehr privat – weniger Staat“ haben gewieftete Polit-Lobbyisten seit den 80er Jahren immer mehr Vermögens- und Unternehmensbereiche der öffentlichen Hand und damit dem demokratischen Einflussbereich entrissen, um – wie Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung in „Vision“, Sep. 08 – zu frohlocken: „Unternehmen werden teilweise die Politik ablösen, das tun sie ja jetzt schon und das tut uns auch ganz gut.“

Doch der Umverteilungskampf von unten nach oben ist in eine Krise geraten: Die Einkommen der „kleinen Leute“ reichen nicht mehr aus, um den Profis noch mehr Kapital zuzuführen. Die Kaufkraft schwindet, das Produk-

tionswachstum stockt, die Wirtschaft ist am Ende, Massenarbeitslosigkeit droht.

Halbherzige „Begleitmaßnahmen“

Nur wenn Banken, Versicherungen und wichtige Bereiche der Grundversorgung verstaatlicht werden, kann die Allgemeinheit maßlosen Managergehältern und Spekulationswut Einhalt gebieten. Zudem könnten die staatlichen Unterstützungen über künftige Gewinne dieser Unternehmungen wieder an die Allgemeinheit zurückfließen, z.B. in Form von fair bezahlten Arbeitsplätzen im Gesundheits-, Bildungs-, und Pflegebereich.

Doch das staatliche 100-Milliarden-Euro-Hilfspaket beschränkt sich auf halbherzige „Begleitmaßnahmen“. Fazit: Nicht die schuldtragenden Manager, sondern wir alle werden die Rechnung eines Tages über Steuern und Leistungskürzungen begleichen müssen.

Dem Polit-Establishment ist auch schon klar, wie das Geld wieder hereinkommen könnte: Laut ÖVP-Wirtschaftsverhandler Karlheinz Kopf sollen strengere Zumutbarkeitsbestimmungen und Zwangsarbeit für Arbeitslose kommen. Ex-Notenbanker Josef Christl will weitere Einsparungen beim Gesundheitssystem.

Lesen Sie zum Thema auch Seite 24, Umfrage und Text!

heide.bekhit@kpoe-steiermark.at

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at



(foto: flickr by jasonsmith)

managern noch eine Prämie von 20 Mio. Dollar. Das Bild zeigt Beschäftigte der Bank.